

Studentenschaft der THD

Zur Vorbereitung der **TH-VV**
am : 21. Mai um: 14⁰⁰ h
im : Audi-max

In diesem Flugblatt wollen wir die beiden Resolutionen vorstellen, die dem AStA bisher zur TH-Vollversammlung vorliegen.

Zu Top 1: Wahlen

Resolution zu den Wahlen:

Seit Verabschiedung des HHGs schreitet die politische Entmündigung der Studenten fort. Im Rahmen von Maßnahmen wie das Ordnungsrecht, der Vermögensbeitrag und die Regelstudienzeit mit Zwangsexmatrikulation ist auch die Absicht des KuMi zu verstehen, nach der die Briefwahl als Regelwahl durchzuführen ist. Dagegen haben wir uns schon im letzten Sommer gewehrt und deshalb auch eigene Wahlen zum Studentenparlament und den Fachschaftsräten durchgeführt. Mit einer guten Wahlbeteiligung haben wir unseren Protest gegen die Briefwahl deutlich gemacht.

Durch die Urteilsverkündung der Normenkontrollklage des AStA ist nun die Wahlordnung der THD aufgehoben.

Deshalb haben wir dem KuMi eine neue Wahlordnung zu StuPa und FSR vorgelegt. Damit in diesem Sommersemester noch Wahlen durchgeführt werden können, möge die VV beschließen:

Der KuMi wird aufgefordert bis zum 28. Mai die geänderte Wahlordnung zu genehmigen.

Wir fordern den Präsidenten der TH auf, Wahlen, die nach dieser Wahlordnung durchgeführt werden, zu unterstützen.

Der Konventsvorstand muß noch in diesem Semester eine Konventssitzung einberufen, auf der eine Wahlordnung für die Wahl zu den Kollegialorganen beschlossen werden sollen.

ASTA

Zu Top 2: Wohnungsnot - befristete Mietverträge in Wohnheimen

ein Resolutionsvorschlag der Wohnheimsprecher
und des AStA:

Resolution der Darmstädter Wohnheimsprecher
zur TH-VV am 21.5.1980

Der Vorstand des Studentenwerkes (StuWe) hat auf seiner letzten Sitzung am 13. Mai die zeitliche Begrenzung der Mietverträge in den Darmstädter Studentenwohnheimen beschlossen.

Das heißt, jeder, der demnächst einzieht, muß nach ein paar Semestern wieder ausziehen.

Das StuWe begründet diese einschneidende Maßnahme damit, den zukünftigen Erstsemestern kurzfristig eine Unterkunft zu bieten.

Die Fadscheinigkeit dieser Argumente wird einem klar, wenn man bedenkt, daß wegen der noch laufenden Verträge erst in 2-4 Jahren die Mehrzahl der Heimbewohner diese befristeten Verträge haben. Dies sind aber erst die rund 1000 Leute, die jetzt auf den Wartelisten stehen.

Wiederum werden einige Semester vergehen, bis

diese Leute ausziehen müssen, damit Erstsemester endlich einziehen können.
Was hat man eigentlich dadurch erreicht????

Im Grunde genommen findet eine Umschichtung statt. Denn die Studenten, die nach ein paar Semestern rausgeschmissen werden, sind dann gezwungen mitten im Studium, während der Prüfungszeiten, unter großem Druck eine Bleibe zu finden. Es gibt für sie nur die Alternative entweder horrend hohe Mieten zu zahlen oder das Studium abzubrechen. Den Vermietern ist diese Zwangslage egal; sie nutzen sie zu noch höheren Mietpreisen. Eine wahrhaft soziale Lösung!

Zurück zur Argumentation des Studentenwerkes, das ein Privileg darin sieht, daß einige Wenige für die Dauer ihres Studiums einen Wohnheimplatz haben.

Hiermit werden einige Dinge doch auf den Kopf gestellt. Denn es ist kein Privileg, daß einige Wenige einen Wohnheimplatz haben, sondern ein bezeichnender Mangel, daß es so wenig Wohnheime gibt.

STUWE-TAKTIK

Was soll also das Ganze?

Die Einführung zeitlich begrenzter Mietverträge führt zu einer erheblichen Beschneidung der rechtlichen Position der Wohnheimbewohner. So wird zum Beispiel der Kündigungsschutz eingeschränkt, die Möglichkeit der Klage gegen Mieterhöhungen usw.

Durch den dann häufigen Wechsel der Bewohner wird jegliches Gemeinschaftsleben zerstört. Die Wohnheime werden zu Durchgangsstationen. Der kurzfristige Aufenthalt führt zu Interessenlosigkeit der Bewohner an ihrer Wohnumgebung. Gemeinsames Handeln gegen aufgezwungene Maßnahmen ist dann unmöglich.

Bedingt durch die kurze - und einmalige - Verweildauer in den Studentenwohnheimen bietet das StuWe dann in Zukunft einer größeren Zahl von Studenten seine Dienste an. Der so gesteigerte Umsatz an Studenten reduziert künstlich die überlangen Wartelisten. Eine sicherlich bequeme "Lösung" für das StuWe. So stiehlt sich das Studentenwerk aus der Verantwortung die fehlenden Wohnheime

zu bauen und verlagert damit das Problem der Wohnraumknappheit auf den freien Markt. Das heißt, entweder bezahlt man 400,-- DM für ein Einzelappartement in Darmstadt, oder man zieht in die Pampa. oder das Studium ade!

Eine weitere Variante des sozialen Numerus Clausus.

Für unsere ausländischen Kommilitonen ist dies ein noch viel größeres Problem. Jeder von uns weiß, wie schwierig es für sie, unabhängig von ihren finanziellen Verhältnissen, ist, überhaupt eine Wohnung zu finden. Deshalb bedeutet für sie das Ende ihres befristeten Mietverhältnisses auch das Ende ihres Studiums. Wirklich ausländerfreundlich!

Was hat das nun alles mit denen zu tun, die gar nicht in einem Wohnheim leben?

- Sehr viel -:

Das Studentenwerk trägt also nicht seinen Teil zur Behebung der katastrophalen Wohnsituation bei, im Gegenteil es verschärft sie. Die Miete werden weiter steigen. Dies geht nicht nur die Wohnheimbewohner, sondern alle Studenten und alle anderen (z.B. Familien) verdammt viel an; denn mehr zahlen müssen alle.

Die Studenten der THD fordern daher das Studentenwerk Darmstadt auf, die beschlossene Mietzeitbegrenzung zurückzunehmen und endlich verstärkte Anstrengungen für den Bau zunächst weitere 1000 Wohnheimplätze zu unternehmen.

*Kommt in
Massen!*